

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

16.9.1924 (No. 216)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. h.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Verteilung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von bösser Gewalt, Streik, Sperre, Auspöcherung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amerikanischer „Antimilitarismus“ in Theorie und Praxis

Aus New York wird uns geschrieben:
Obwohl die Konferenz in Washington im Winter 1922 hinsichtlich der angestrebten Abrüstung zu Bande ein offen eingestandener Mißerfolg, hinsichtlich der Einschränkung der Seerüstungen nur ein Scheinerfolg gewesen ist, betont Amerika noch immer sein Bestreben, die Welt durch allgemeine Abrüstung dem ewigen Frieden näher zu bringen.

Das ist die Theorie. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Bei der letzten Kongresssitzung hat die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten den Ausbau der Schlachtschiffe und deren Ausrüstung mit größeren Kanonen eifrig betrieben und daneben noch den Bau von acht leichten Kreuzern und sechs Kanonenbooten angefordert, was die nicht gerade geringe Ausgabe von 111 Millionen Dollars bedingt hätte. Diese hohe Forderung ist auch im Repräsentantenhaus angenommen worden, aber der Senat hat — wie es hieß, infolge englischer Gegenarbeit — einen Strich durch die Rechnung gemacht, obwohl die Marine diese Forderung als „blow the lowest mark of national security“ (unter der niedrigsten Grenze der nationalen Sicherheit) bezeichnet hat.

Dagegen sind andere große Forderungen zur Steigerung der Wehrkraft bewilligt worden. So ist die Umbildung und Durchbildung der „National Guard“ und der Marinereferen voll durchgeführt worden, für ihre Angehörigen sind Sommerlager und Ausbildungsschulen zu regelmäßigen Einrichtungen gemacht worden, so daß für den Kriegsfall ein geschultes großes Seerheeroffizierskorps zur Verfügung steht.

Überhaupt herrscht auf militärischem Gebiet eine rege Tätigkeit, die sich besonders auch in Verletzungen nach der Diktatur auf kurze Zeit und mit wechselnden Kommandos bemerkbar macht. Die dauernde militärische Bearbeitung des ganzen Volkes wird unter Leitung der Heeresverwaltung regelmäßig fortgesetzt: in den Wälderlagern der Sonntagszeitungen, mit militärischen Vorträgen, mit Festen, mit Reden usw. Auch die Art der Verteilung der deutschen Kriegsgeldern fördert den Militarismus, denn der Kriegsminister, dem die Verteilung überlassen ist, stützt nach und nach sämtliche Städte und Flecken der Staaten mit Kanonen aus der Deute aus.

Auch die reiche Dotierung der Kriegsveteranen durch den Kongress dient teilweise der Förderung des kriegerischen Gedankens, in gewissem Sinne auch der Vorbereitung auf den nächsten Krieg. Der Kongress hat in Annahme eines Vorschlags der demokratischsten Partei nicht weniger als 132 Millionen Dollars zur Zahlung an die Veteranen in diesem Jahre und 2 1/2 Milliarden Dollars zur Zahlung an die Veteranen innerhalb der nächsten 20 Jahre bewilligt. Obwohl der Präsident aus wohlgegründeten Finanzgründen durchaus gegen diese Forderung war, haben auch Angehörige der republikanischen Partei, also der Partei des Präsidenten, im Senat für die Forderung gestimmt. Zum Teil haben sie das ja gewiß aus egoistischen Motiven getan, um nämlich bei den bevorstehenden Wahlen diejenigen Wähler ihrer Bezirke, die als Soldaten am Kriege teilgenommen hatten, nicht der Gegenpartei zuzuführen. Zum anderen Teil aber haben sie aus patriotisch-militärischem Grunde gegen den Willen des Präsidenten der Forderung der demokratischen Partei zugestimmt, weil sie nämlich überzeugt sind, daß, wenn nicht ausgiebig für die Veteranen des Weltkrieges gesorgt werde, die kriegsfähige Mannschaft im nächsten Kriege schwer in den Kampf hineinzubringen sein würde. So dient also die Bewilligung des ungeheueren Betrags, der auf Jahrzehnte hinaus den Staatshaushalt stark belastet, der moralischen Vorbereitung für den nächsten Krieg — was doch nicht gerade für eine starke Überzeugung von der Aussicht auf den ewigen Frieden spricht.

Bei dieser Bewilligung ergab sich merkwürdigerweise das Mißgeschick, daß der Kongress zwar in aller Eile den Antrag angenommen, aber vergessen hatte, festzusetzen, woher die Geldmittel dazu genommen werden sollten. Man half sich schließlich damit, daß der Präsident in Verhandlungen mit führenden Senatoren die ersten erforderlichen Mittel aus anderen Etatstiteln anwies.

Ein französischer Instrukteur für die griechische Armee, das aus Athen, daß der französische General Guilleminat die Einleitung der Regierung, die Instruktion des griechischen Generals zu leiten, angenommen hat.

Zur Frage der Kriegsschuld

Zur Frage der Schuld am Kriege äußert sich die „Frankf. Ztg.“ u. a.:

„Schon jetzt, wenige Jahre nach dem Kriege, hat sich bei den ehemaligen Gegnern zusehends die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß das erzwungene Schuldverhältnis eine Sache der Politik war, die mit der historischen Wahrheit nichts zu tun hat, wie der glückliche Lapsus linguae Macdonalds auf der Wälderlagerversammlung wieder schlagend erweist. Die Schuldfrage gehört fürs erste noch der wissenschaftlichen Forschung, und es wird wahrscheinlich keine fünfzig Jahre dauern, wie Macdonald in Genf meinte, bis die Schuldfrage geklärt ist, besonders wenn der Forschung auch die gegnerische Archive zugänglich gemacht werden. Mit dem allmählichen Verschwinden der poincaristischen gefärbten pharisäischen Kriegsgeschichte wird auch diese Quelle reichlicher zu fließen beginnen. Sofern die Politik sich in den Jahren nach dem Krieg mit der Schuldfrage amtlich befaßt hat, ist das Eingeständnis der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sehr bemerkenswert, daß es ein sozialdemokratischer Reichskanzler gewesen sei, der die schärfsten Worte des Protestes gegen die Belastung Deutschlands mit der Schuld am Kriege gefunden habe. Den Deutschnationalen gegenüber, die mit ihrer der Regierung aufgeschwungenen Kriegsschuldnote den Anschein erweckten, als habe keine andere Partei etwas für die Aufhellung der Wahrheit getan, macht der demokratische Abgeordnete Koch die zurechtfindende Feststellung, daß die redliche, mißbelebte und geschickte Arbeit, die zur Aufklärung der Wahrheit und zur Überzeugung unserer Gegner auf diesem Gebiet geleistet wurde, von bürgerlichen und sozialistischen Demokraten und ihren eingehenden Untersuchungen und Schriften ausgehe, und daß die Propaganda, die gemacht wurde, von diesen Politikern auf internationalen Kongressen gemacht wurde, nicht ohne daß sie sich wegen dieser nationalen Arbeit als antinationale Phantasien beschimpfen lassen müßten.“

In „Vorwärts“ veröffentlichten Professor Hans Delbrück, Graf Max Montgelas und Dr. Paul Rohrbach folgende Erklärung:

„Die Unterzeichneten, die in Anspruch nehmen dürfen, daß sie in dem Kampf gegen die Schuldfrage in den ersten Reihen gefochten haben, sehen es als ihre Pflicht an, heute öffentlich zu erklären, daß die Erzwingung einer Diskussion durch Regierungserklärungen ihnen nicht der richtige Weg scheint, um in der Weltmeinung der Wahrheit zu einem baldigen Siege zu verhelfen, da auch diesem Wege politische Kräfte auf den Kampfplatz gerufen werden, deren Interesse es nicht sein kann, die Wahrheit aufzudecken. Der beste Weg, um in dieser so unermeßlich wichtigen Frage zum Ziele zu gelangen, ist die Fortsetzung der internationalen wissenschaftlichen Diskussion.“

Wir dürfen uns darauf berufen, daß unsere Arbeit in dieser Art bereits beachtliche Früchte gezeitigt hat. In England, in Amerika und sogar auch in Frankreich tritt ein Schriftsteller nach dem andern, in Öffentlichkeit, der erklärt, daß er sich von der Richtigkeit der Versailles-Behauptung überzeugt habe. Die Erklärung des Reichskanzlers Marx, wie sie in der Presse veröffentlicht worden ist, und die nur wiederholt, was der Reichskanzler Bauer im Jahre 1919 im Namen der Deutschen Nationalversammlung ausgesprochen hat, wird, wie wir nicht zweifeln, einen neuen kräftigen Anstoß für die Fortsetzung dieser Diskussion geben. Das darf uns vorläufig genügen, bis der Augenblick gekommen ist, wo wir erwarten dürfen, den Antrag auf Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission mit Erfolg stellen zu können.

Es ist für uns selbstverständlich, daß, wenn die Frage des Eintritts des Deutschen Reiches in den Völkerverbund zur Entscheidung kommt, Deutschland den Antrag nicht stellen kann, ohne seine Auffassung in der Kriegsschuldfrage den Mächten, mit denen es sich verbünden soll, amtlich zur Kenntnis zu bringen. Das ist ein Gebot der Loyalität und der Ehrlichkeit. Das Deutsche Reich darf nur mit offenem Visier kämpfen. Wir sind in der Lage, folgende Sätze unter Beweis zu stellen:

1. Das Deutsche Reich war 1914 nicht entfernt in dem Maße gerüstet, wie es seine Volks- und Wirtschaftskräfte erlaubt hätten.
2. Die russische und die französische Regierung waren zum Kriege entschlossen, ehe Deutschland den Krieg erklärt oder auch nur mobilisiert hatte.
3. Die angebliche Zurückziehung der französischen Truppen 10 Kilometer von der Grenze hatte nicht den Zweck, den Krieg noch zu vermeiden, sondern die Welt in den Glauben zu versetzen, daß Deutschland der Angreifer sei.“

Zu der von den drei Forschern unter Beweis gestellten These über die Zurückziehung der französischen Truppen zehn Kilometer von der Grenze steuert der „Tag“ einen interessanten Beitrag bei. Ein englischer Stabschef, der während des Krieges längere Zeit dem britischen Großen Hauptquartier angehörte und schon vor dem Kriege häufig dienstlich in Frankreich weilte, stellt dem „Tag“ einen Brief zur Verfügung, dem wir folgendes entnehmen:

„Es ist Zeit, daß der Behauptung ein Ende gemacht wird, daß beharrlich von allen aufeinanderfolgenden französischen Regierungen wiederholt wurde, daß bei Ausbruch der Feindseligkeiten die Zurückziehung der französischen vorgeschobenen Linien um einige 10 Kilometer deutlich das erste Bestreben

gezeigt hat, einen Konflikt mit der deutschen Armee zu vermeiden. Man wußte sehr wohl im englischen Großen Hauptquartier — und es mußte auch im deutschen Großen Hauptquartier in gleicher Weise bekannt sein — daß für den Kriegsfall zwischen den beiden Ländern diese Truppenbewegung als die erste vom französischen Oberkommando vorgeesehen war. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich genau, daß ihm von einem hervorragenden französischen Offizier viele Jahre vorher — ungefähr 1906 — von dieser Operation erzählt wurde. Obwohl er sie sowohl vom taktischen als auch vom politischen Standpunkt aus für gesund hielt, gab er seiner Befürchtung vor der Wirkung Ausdruck, die sie wahrscheinlich auf die Moral sowohl der Truppen als auch der Zivilbevölkerung haben werde. Daß die Franzosen immer wieder diese sehr lahme Entschuldigung vorbringen, zeigt wie schwankend der Boden sein muß, auf dem sie in dieser Sache stehen, und man kann ihre Furcht vor einem Wiederaufleben der vitalen Fragen Verantwortung am Kriege wohl begreifen.“

Die Ingangsetzung des Dawesplanes

Owen Young,

der von Berlin in Paris angekommen ist, wird heute der Reparationskommission einen offiziellen Bericht erstatten über Maßnahmen, die hinsichtlich der Ausführung des Dawesplanes getroffen wurden. Nach Dawes ist es wahrscheinlich, daß in den nächsten Tagen die Mitglieder der Reparationskommission und verschiedene Persönlichkeiten, namentlich das ehemalige amerikanische Mitglied des Sachverständigenausschusses, Robinson, der sich in Paris aufhält, mit Young eine Besprechung haben.

Die Zahlungen der Rheinlandkommission
W.D. Paris, 16. Sept. Nach einer Depesche der Habasagentur aus Koblenz gibt die Rheinlandkommission bekannt, daß sie aus den September-Einnahmen der besetzten Gebiete an den Generalagenten für Reparationszahlungen eine erste Rate von 3 300 000 Mark geleistet habe, wie es das Londoner Abkommen vorschreibt. Es seien Vorkontierungen getroffen dafür, daß am 1. Oktober alle Einnahmen des Monats September an den Generalagenten abgeliefert werden.

Wiederintraffsetzung des deutschen Zolltarifs
W.D. Paris, 15. Sept. Der Handelsminister teilt offiziell mit, daß vom 21. September ab um Mitternacht in den besetzten Gebieten der deutsche Zolltarif wieder in Kraft tritt. Er fordert deshalb die französischen Handelskreise auf, zu diesem Zeitpunkt ihre Waren zu verzollen. Der Handelsminister erinnert daran, daß, wenn durch Abänderung des Zollsystems Streitigkeiten zwischen den alliierten Geschäftsleuten und den deutschen Behörden entstehen, die zu schaffenden Schiedsgerichte über die Streitigkeiten zu entscheiden haben.

Die Durchführung der Amnestie
W.D. Koblenz, 15. Sept. In der Amnestiefrage führten die in Koblenz und Düsseldorf geführten Verhandlungen bisher zu folgendem Ergebnis: Bis 12. September wurden 145 von französischen Gerichten verurteilte Deutsche aus den Gefängnissen entlassen, darunter der früher in St. Martin-de-Mé inhaftierte Bahnhofsinspektor Gottfried, der Schupoamte Brenner, der Kavallerieleutnant Andler und der Düsseldorf-Schupoamtmann Pohl. Ferner wurden 750 schwerwiegende Verfahren niedergeschlagen.

W.D. Koblenz, 15. Sept. Bei den Koblenzer Verhandlungen wurde die Wiederaufnahme zum Amt neuerdings für eine Reihe leitender Beamter des altbesetzten Gebietes von der Rheinlandkommission ausgesprochen, u. a. für Dr. Brandt, Regierungspräsident in Koblenz, Eichhorn, stellvertretender Regierungspräsident in Trier, Siebourg, Vizepräsident des Provinzialschulkollegiums in Koblenz, Muehlens, Landrat in Rüdelsheim, Müller, Landrat in Cochem, Dr. Rosten, Landrat in Simmern, Graf v. Spee, Landrat in Merzig, Dr. Kaufmann, Landrat in Eustirchen, Dr. Trois, Studiendirektor in Saarburg, Dr. Nießer-Schulrat in Rheinbach, Weyrauch, Oberstudiendirektor in Woppard, außerdem 12 Amtsgerichtsräte, sowie Ruffel, Geh. Regierungsrat in Trier, Oppenheim, Regierungsrat in Mainz und Storn, Oberregierungsrat in Alzey.

W.D. Zweibrücken, 16. Sept. Gestern traf der pfälzische Regierungspräsident, Dr. Mathews, hier ein und begab sich mit Oberstaatsanwalt König in die Gefangenenanstalt zum Besuch der aus der Pfalz stammenden 17 politischen Gefangenen. In Gegenwart der Bezirksdelegation wurde die Lage der Gefangenen, die seit dem Abschluß der Londoner Verhandlungen ihre Freilassung sehnlichst erwarten, eingehend besprochen. Auch wurde Aufklärung über die von deutscher Seite sofort nach dem Londoner Abkommen eingeleiteten Schritte zur Befreiung der Gefangenen gegeben und darauf hingewiesen, daß nichts unverfügt gelassen werde, um die noch im Wege stehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Der Regierungspräsident besuchte hierauf noch Frau Kommerzienrat Schiwin und den Kaufmann Albert, unter deren warmherziger Leitung das Zweibrückener Rote Kreuz Vorbildliches in der Gefangenenfürsorge leistete und täglich noch leistet.

Die Räumungen
W.D. Essen, 15. Sept. Im neubesetzten Gebiet wird den Abbau der Quartiere, soweit die Beamten der Regie und der Vicum in Betracht kommen, begonnen. Der kommandierende

Mit einer Beilage: 40. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

General ordnete an, daß die Neubauten, die bisher von der französischen Behörde beschlagnahmt waren und auf Antrag allerdings zumeist freigegeben wurden, überhaupt nicht mehr der Beschlagnahme unterliegen.

W. Oberhausen, 16. Sept. Die Räumung Oberhausens beginnt, wie die maßgebenden Stellen berichten, heute endgültig. Für die Uebergabeverhandlungen rechnet man in eingeweihten Kreisen mit einem Zeitraum von 14 Tagen.

Sitzung des Reichskabinetts

Beratung der Kriegsschuldfrage
In Berlin hat am Montag eine Sitzung des Reichskabinetts stattgefunden, die sich zunächst mit der Frage der von der deutschen Regierung zu ernennenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte. Es fand auch eine Besprechung der außenpolitischen Lage statt. Die Kabinettsitzung, in der über die großen politischen Fragen, die Kriegsschuldfrage und Eintritt in den Völkerbund, entschieden werden soll, findet jedoch erst in acht Tagen, am 23. September, statt. Die gestrige Beratung der Kriegsschuldfrage des Völkerbundes betraf, ergab, wie W. W. meldet, eine vollkommene Uebereinstimmung der Anschauungen des Kabinetts.

Zu der offiziellen Erklärung, nach welcher die Aussprache ergeben hat, daß keinerlei Meinungsverschiedenheit vorhanden sei, bemerkt die Berliner „Germania“: Die Reichsregierung hat zwar erklärt, daß sie den Widerruf der Kriegsschuld den fremden Mächten amtlich zur Kenntnis bringen werde. Nun hat sich aber inzwischen immer deutlicher gezeigt, daß die Notifizierung im Augenblick unmöglich ist und die politische Lage unnötig erschweren würde, ohne die Kriegsschuldfrage selbst auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen. Deshalb wird die Notifizierung einstweilen nicht erfolgen. Es darf als sicher gelten, daß der Kabinettsrat, der am nächsten Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfindet, in diesem Sinne beschließen wird. Die Kriegsschuldfrage dürfte damit einstweilen als erledigt gelten und solange verlagert sein, bis sich ein geeigneter Anlaß zu ihrer Wiederaufrollung ergibt. Das könnte der Fall sein, wenn die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund aktuell wird.

Politische Neuigkeiten

Völkerbund und Versailler Vertrag

In einer von den gegenwärtig in Genf weilenden Mitgliedern der Völkerbundsvereine einberufenen Versammlung hielt der Prof. Dr. deutsch. Liga für Völkerbund, Graf Bernstorff, einen Vortrag, in welchem er anknüpfend an seine Darlegungen auf dem Kongress der Völkerbundsvereine in Lyon u. a. die Frage der deutschen Beitritts zum Völkerbund behandelte. Er erinnerte an die beiden Bedingungen, die Deutschland stellen müsse, Eintritt als Großmacht, d. h. mit einem künftigen Ratissitz und keinerlei neue Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Aber, obgleich er stets ein Anhänger des Beitritts gewesen sei, fragte auch er sich, ob man nicht angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland zögern müsse. Er wies dabei auf die Gefahr hin, daß der Völkerbund die Aufnahme Deutschlands aus Gründen der vorherigen Regelung der Militärkontrollen verschleppen würde, nachdem Deutschland ein Aufnahmegeruch eingereicht habe. Das wäre eine Schlappe, der sich die deutsche Regierung, nachdem bereits in London die sofortige Ausräumung nicht durchgeführt wurde, nicht aussetzen könne. Im übrigen wünsche er sich der größten Zurückhaltung zu befleißigen, um etwaige Verhandlungen nicht zu gefährden. Zur Sicherheitsfrage, die auf der Tagesordnung der Zusammenkunft stand, verwies Graf Bernstorff ausführlich auf die deutsche Denkschrift zum Garantiepaktprojekt.

W. W. London, 15. Sept. Der „Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel, es stehe Deutschland selbstverständlich frei, zu sagen, daß es nur unter Bedingungen um Aufnahme in den Völkerbund ersuchen werde. Wenn Deutschland aber zuviel Bedingungen stelle, werde der Zeitpunkt seines Eintritts vielleicht um unbegrenzte Zeit verzögert werden. Solange Deutschland außerhalb bleibe, verliere der Völkerbund unendlich viel, nicht nur in moralischer, sondern auch in praktischer Hinsicht. Deutschland sei eine mächtige Nation, um durch die Kräfte eines Bundes, dem Rußland und Amerika nicht angehörten, für immer in Unterwürigkeit gehalten zu werden. Der britische Vorschlag

Landestheater im Konzerthaus. Die vorgestrige Erstaufführung „Der Meisterbozer“, einer abendfüllenden Nichtigkeit, gab Herrn Münchberger Gelegenheit, zu zeigen, daß er auch im Lustspiel gut zu verwenden ist. Ferner führte sie uns Herrn Kreuzinger, ein anderes neues Mitglied unserer Bühne, vor. Herr Kreuzinger bewies mit seinem Spiel, daß er viel Bühnensicherheit und Gewandtheit besitzt. Die übrigen Rollen waren in bewährten Händen. Zu erwähnen bleibt Hrl. Vera Böckner, die schon neulich in den „Fünf Frankfurtern“ nicht unangenehm auffiel; die junge Dame scheint schauerspielerisch begabt zu sein. Die Titelrolle lag in der Hand des Herrn Höcker. Sie konnte nicht besser aufgehoben sein. Das Publikum nahm das neue Stück mit sehr viel Beifall auf.

*** Neue Keramiken bei Gerber und Schwinsky.** Das Kunstgewerbehaus Gerber & Schwinsky stellt neue keramische Arbeiten von Helene Amend, Drechsler und Hans Drechsler aus. Die talentierte Künstlerin hat bereits ihren festfügten Ruf als Keramikerin. Die Mitarbeit ihres Mannes hat diesen Ruf noch befestigen helfen. Auch die neuen Arbeiten legen bereites Zeugnis ab von dem bedeutenden technischen Können und der künstlerischen Gestaltungskraft der beiden. Die Arbeiten halten sich fern von allem Kitschigen, sie knüpfen an die besten Traditionen der keramischen Kunst an und sind sonach zu den wirklichen Qualitätsleistungen ihres Fachs zu zählen.

Die Gesellschaft „Eintracht“ veranstaltete am Samstagabend aus Anlaß der Eröffnung der neuen Gesellschaftsräume ein Festkonzert. Das Programm war, wie man das aus den früheren Konzerten der Eintracht gewohnt ist, vorzüglich gewählt. Das Landestheaterorchester unter Leitung von Staatskapellmeister Alfred Lorenz spielte in wunderbarer Klangfarbe die Oberon-Ouverture von C. M. Weber, die unvollendete H-moll-Sinfonie von F. Schubert, sowie die Ouverture zu „Die lustigen Weiber von Windsor“ von W. Nicolai. Opernsängerin Marie Jag sang unter Begleitung des Orchesters mit ihrer mit tiefem innerem Empfinden besetzten Stimme eine Arie aus „Sans Peine“ von W. Marschner,

ziele auf den Schiedsgerichtsgebühren hin. Wenn Deutschland überzeugt werden könne, daß ein Schiedsgericht ihm ebenso wie anderen Nationen Gerechtigkeit zuteil werden lasse, dann bestünde kein Grund dafür, daß es sich nicht willig an einem Plan beteilige, der die Kräfte der Welt gegen jeden Staat, der den Schiedspruch verlehrt, vereinigen würde. Aber Deutschland werde nicht überzeugt werden, wenn die schiedsgerichtliche Instanz nicht auch das Recht hätte, die Verträge, die als ungerecht erwiesen seien, abzuändern.

Die Wirren in China

Nach einer Habesmeldung aus Peking ist dort eine Kabinettsbildung erfolgt. Ministerpräsident und Innenminister ist Gen. Außenminister Wellington Koo und Kriegsminister General Lu Tschi.

Die Truppen des mandschurischen Generals Tschang Tschi sind weiter in Bewegung nach Süden. Die Meldungen, daß die Regierungstruppen bereits geschlagen worden seien, haben sich jedoch nicht bestätigt.

W. W. Newyork, 15. Sept. (Funkpruch.) Nach einer Meldung aus Tokio rief die Unruhe unter den Streitkräften des Generals Tschang Tschi, die in Mukden zum Vormarsch gegen Peking und zu einem Angriff auf die Streitkräfte der Zentralregierung zusammengesogen sind, scharfen Einspruch des japanischen Generalkontrollrats in Mukden hervor. Japanische Truppen werden möglicherweise zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeigerufen.

W. W. Newyork, 15. Sept. (Funkpruch.) Aus Schanghai wird berichtet: Nachdem auf das stürmische Wetter wieder Sonnenlicht folgte, nahmen die Heere der rivalisierenden Gouverneure, die um den Besitz Schanghais ringen, den Kampf in allen Abschnitten des Schlachtfeldes wieder auf.

Kurze Nachrichten

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über die wirtschaftlich notwendigen Steuerermäßigungen. Hierunter fallen eine Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer von 25 auf 2 Prozent, ferner eine Ermäßigung der Gesellschaftssteuer, der Wertpapiersteuer und der Kapitalverkehrssteuer für den 8. April 1922. Das Blatt bringt ferner eine zehnte Verordnung über die Börsenumsatzsteuer (Umsätze von ausländischen Zahlungsmitteln gegen Waren) und eine Bekanntmachung über die Brennstoffverkaufspreise.

Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen haben am Montag in Berlin begonnen.

Zum Fall Reinert. Die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags fordert das Staatsministerium in einem in Form einer Entschließung gefassten Antrag auf, den von Reinert mit dem Bürgervereinskollegium von Hannover abgeschlossenen Vertrag nicht zu genehmigen. Der Antrag verlangt ferner, der Landtag wolle beschließen, daß Reinert des Präsidentenamtes sofort enthoben werde.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Böhmen. Der Bürgermeister von Prag, Wraya, hat die Anbringung von deutschen oder zweisprachigen Plakaten während der in Prag stattfindenden kulturellen Ausstellung des Dresdener Hygienemusikums „Der Mensch“ unter Hinweis darauf verboten, daß Prag seinen nationalen tschechischen Charakter wahren müsse. — Nach einem Stadtratsbeschluss sei die Anbringung deutscher Plakate in Prag mit Ausnahme des Theaterzettelns unzulässig. Auch den Einwand, daß Prag, abgesehen von 30 000 tschechischen Einwohnern als Hauptstadt eines von 3,5 Millionen Deutschen bewohnten Staates die Sprache dieser Bürger zu respektieren habe, ließ der Bürgermeister nicht gelten.

Eine Konferenz des internationalen Verbandes vormaliger Kriegsteilnehmer (Fidac) fand in London statt. Der Vorsitzende des Kongresses, Bertrand, sagte in der Eröffnungsrede, man habe zwei Probleme zu behandeln: die Fürsorge für die Opfer des Krieges und das des Friedens. General Sir John Hamilton erklärte, es würde unflug sein, die Verbände früherer Soldaten der ehemals feindlichen Staaten nicht aufzunehmen. Der deutsche General Freiherr von Schinaidt habe ihn in einem Schreiben befragt, ob die deutsche Vereinigung früherer Soldaten Mitglied des internationalen Verbandes werden könne.

Die Spanier in Marokko haben mit einem Aufgebot von 2000 Mann die Straße von Tetuan nach Tanger besetzt.

Die Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen mazedonischen Parteien führten, wie aus Sofia gemeldet wird, zu verschiedenen blutigen Zusammenstößen und Mordtaten. Die gegenwärtigen Parteien sind die Anhänger der Autonomie Mazedoniens und der sog. föderalistischen Gruppe, welche bolschewistische Tendenzen verfolgt. Die Urheber von zwei in Sofia verübten Morden wurden verhaftet.

sowie eine Arie aus „Der Widerspenstigen Zähmung“ von F. Sch. Blumenpenden und überaus reichem Beifall bewies die herrliche Aufnahme bei den Zuhörern. Das ganze Programm paßte so recht in die einheitlich gehaltene neue Ausgestaltung des Saales. Besonders vorteilhaft zeigte sich die Anordnung eines Künstlerzimmers, das in direkter Verbindung mit dem neuen Podium einen sehr angenehmen Eindruck macht.

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187, bringt zur Herbstwoche eine Ausstellung von Ferdinand Hodler, dem bedeutendsten Maler der Schweiz. Es ist die umfangreichste Ausstellung, welche bisher von dem berühmten Künstler in Deutschland gezeigt wird. Bekanntlich gehören die Werke Hodlers zu den Hauptsehenswürdigkeiten der Schweizer Museen, aber auch viele deutsche Museen, z. B. in Chemnitz, Düsseldorf, Eberfeld, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Stuttgart besitzen Werke des Künstlers. Ebenso bekannt sind seine großen Wandbilder in der Universitäts- und in der Rathhausgalerie in Hannover (Einstimmigkeit). Außerdem bringt die Herbstausstellung in der Galerie Moos noch 21 Zeichnungen unseres deutschen Altmeisters Adolf v. Wenzel, sowie verschiedene Werke Karlsruher Künstler und bildet damit ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges.

Das Wendlingquartett, diese vortreffliche Stuttgarter Kammermusikvereinigung, wird den Reigen der diesjährigen acht Quartettabende der Konzertdirektion Kurt Neufeldt kommenden Mittwoch den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, im Eintrachtssaal eröffnen. Das Programm umfaßt zwei Werke von monumentaler Bedeutung: das einzige Kammermusikwerk des Symphonikers Anton Bruckner, das Streich-Quintett, das unseren Wissens noch nie in Karlsruhe zu Gehör gebracht worden ist und somit eine bedeutende Würdigung des großen Tonbilders anlässlich seines 100. Geburtstages darstellt. Einen wirksamen Gegensatz bildet das prachtvolle, melodiegeliebte G-dur Streich-Quintett von Brahms, op. 111. Dieses herrliche Werk wurde zum letzten Male vor vier Jahren durch

Ruhe in Französisch-Marokko. Der französische Kriegsminister dementiert Nachrichten über angebliche Kämpfe an der französischen Front in Marokko. Es herrsche vollkommene Ruhe.

Badischer Teil

Zweiter badischer Gessellentag

St. Karlsruhe, 15. Sept. In diesen Tagen haben sich die Jünger des Gessellenbundes ein Stelldichein in den Mauern unserer Landeshauptstadt. Im festlich geschmückten Gessellenhaus (Sophienstraße) fand am Samstag nachmittag zunächst der Vertretertag der katholischen Gessellensvereine statt. Dompräbendar Dr. Rüdiger-Freiburg hielt die zahlreichen Delegierten herzlich willkommen und begrüßte insbesondere den Generalsekretär Rattermann-Köln. Er teilte mit, daß die Zahl der Vereine in Baden von 70 auf 94 gestiegen ist, die Zahl der Mitglieder von 3800 auf 5300. Es folgten hierauf einige Vorträge, die sich auf die Persönlichkeitserziehung im Geiste des Christentums, auf die Bildungsbestrebungen der kathol. Gessellensvereine und die Ziele wahrer Herzens- und Gemütsbildung bezogen. An den Verhandlungsarbeiten des Vorstehenden knüpfte sich eine längere Aussprache. In kommenden Winter sollen Religionsvorträge und Unterrichtskurse abgehalten werden. Zur politischen Bildung wurde der Winkhorstbund empfohlen. Jedenfalls — so legte man in einer einstimmig gefassten Entschließung fest — darf kein Gesselle einem nationalen Verband, einer kommunikativen oder geheimen Organisation angehören. Als Ort des nächstjährigen Gessellentages wurde Offenbach bestimmt.

Beim Begrüßungsabend im kleinen Festhallsaal überbrachte Abg. Eberhardt die Glück- und Segenswünsche der Landtagsfraktion des Zentrums. Auch sprachen der Bezirkspräsident Rothensbiller, sowie Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des kath. Volksvereins. Generalsekretär Rattermann behandelte das Thema „Adolf Kolping als Volks- und Jugendberater; seine Stellung zur modernen Jugendbewegung“.

Am Sonntag vormittag versammelte man sich in dichten Scharen zum Festgottesdienst in der St. Stephanskirche.

Am Nachmittag formierte sich bei schönstem Sommerwetter ein stattlicher Festzug mit einem fast unübersehbaren Fahnenwald und verschiedenen Musikchören. Aus allen Ecken Badens waren die Gessellensvereine vollständig oder doch in Abordnungen erschienen. Durch originelle Gruppen wurden die einzelnen Handwerkszweige symbolisiert und auf dem ganzen Zuge, den der lange Zug passierte (Kaiser- und Karlsriedstraße) hörte man nur Worte des Lobes für die zum Gelingen der Veranstaltung aufgewandte Mühe und Geschicklichkeit.

Im gebrängt vollbesetzten großen Festhallsaal fand sonach eine würdige weltliche Feier statt, überschattet durch Darbietungen der Harmonicapelle, des Kirchenorgels von St. Stefan und der Turnabteilung des Gessellenvereins Müllingen. Überwünsche des Erzbischofs Dr. Karl. Er begrüßte dann den Staatspräsidenten Dr. Köhler, sowie den Justizminister Trunt und die sonstigen Gäste, worauf der Staatspräsident den Willkommensgruß der badischen Regierung entbot. Stadtrat Kühn sprach im Namen der Stadtverwaltung, Präsident Hemann für die Handwerkskammer und Landessekretär Stodert für die christlichen Gewerkschaften Badens. Die Rede des Direktors Zimmermann hatte das Thema zur Grundlage „Die sozialen Reformen Adolf Kolpings und unsere heutige Lage“. Er sang das hohe Lied der praktischen Nächstenliebe und setzte sich für die christliche Sozialreform im Sinne Kolpings ein.

Der Allgemeine Fürsorge-Erziehungstag in Heidelberg

nahm am Montag vormittag unter außerordentlich starkem Beteiligung in der Stadthalle seinen Anfang. Der Vorliegende, Direktor Kreuz-Freiburg, hieß die Teilnehmer herzlich willkommen und stellte die Lösung auf: Wohnungen schaffen und sparen, ohne die Erziehung zu schädigen, um die sozialen Elemente zu werblichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen. Justizminister Trunt überbrachte die Grüße der badischen Regierung, Bürgermeister Dr. Wieland die der Stadtverwaltung. Dem langjährigen Führer auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehungswesen, dem verstorbenen Pastor Badhausen, widmete der Vorsitzende einen ehrenvollen Nachruf. Dann wurde in der Tagesordnung eingetreten, auf der mehrere Vorträge standen.

das Roséquartett zur Aufführung gebracht. Diese beiden Quartette beanspruchten jedes eine Aufführungsdauer von 50 Minuten, so daß von einem dritten Werk Abstand genommen werden mußte. Um eine möglichst Einheitlichkeit des Klanges zu bewahren, wurde auch die zweite Hälfte von einem Stuttgarter Künstler besetzt, der bereits des öfteren mit dem Wendling-Quartett fungiert hat; es ist dies Konzertmeister Hans Köhler vom Stuttgarter Landestheaterorchester. Es sind noch Abonnementskarten für die acht Kammermusikabende, sowie Einzelkarten zum Wendling-Quartett bei Kurt Neufeldt, Konzertdirektion, Waldstraße 39, 2. Stod., erhältlich an der Abendkasse aber nur Einzelkarten.

Willy Jilken, welcher schöne Erinnerung verbindet das hiesige Theater und Konzertpublikum mit dem einstigen Helben unserer Bühne. War es schon ein Verlust, einen Künstler solcher Reife von Karlsruhe ziehen zu sehen, so ist es besonders begrüßenswert, daß es gelang, zur „Karlsruher Herbstwoche“ Willy Jilken als Gast zu gewinnen, wird derselbe doch in dem Konzert der „Volksingatabende Karlsruhe“ am 27. September in der Städtischen Festhalle, Proben seiner vollendeten Kunst bieten. Besonders erwähnt sei hierbei auch das bestbekannte „Badische Trio“ (Hrl. Reiffert, Herren Weigl und Traubetter), das ebenfalls herrliche Werke, wie beispielsweise Beethoven's „C-moll“, übermitteln wird. Hierzu kommen noch unergleichlich schöne Kompositionen alter Meister, gesungen durch den stimmgewaltigen und ausgeglichenen Chor unter der Stabführung des Herrn Musikdirektors Willy Jilken, so daß das Konzert auf hoher künstlerischer Werte stehen wird.

Die italienische Oper unter Mascagni begann am Samstag in Berlin mit der Aufführung „Aida“ in den Ausstellungen am Kaiserdam, deren Neuenbau bis auf den letzten Platz besetzt war. Die italienischen Darsteller waren den unterstützt durch den Mittelchor und durch das verstärkte Berliner Sinfonieorchester (Mithras Orchester), dirigiert von Pietro Mascagni. Insgesamt wirkten bei der Vorstellung 1000 Personen mit.

DZ. Freiburg i. Br., 12. Sept. Die Weinberge werden ab Sonntag, den 14. September geschlossen. Das Betreten der Weinberge und das Begeben der Wege in den Rebflächen zur Zeit der Traubenreife ist verboten.

DZ. Freiburg, 15. Sept. Die Fahrteilnehmer an der von der Deutschen Gesellschaft für ärztliche Studienreisen veranstalteten Studienfahrt durch die Schwarzwaldkurorte trafen gestern mittag in Freiburg ein, wurden begrüßt namens der Stadt durch Bürgermeister Nibel, durch Prof. Dr. Roesgerath für die medizinische Fakultät der Universität und für den Verkehrsverein durch Hotelbesitzer Thringler. Beim gemeinsamen Mittagessen im Europäischen Hof wurden keine Erinnerungsgaben durch den Verkehrsverein für den Schwarzwald, durch den Badischen Verkehrsverband, sowie einige Freiburger Firmen überreicht. Der Leiter der Studienreise, Geh. Rat Professor Dr. Hennhoff aus Berlin, sprach den Dank der Fahrteilnehmer aus. Abends wurde die Weiterfahrt nach Badenweiler angetreten.

DZ. Freiburg, 16. Sept. Wie die „Freiburger Zeitung“ meldet, ist das Todesurteil gegen den Mörder des Köpferischen Ehepaars in Saig (am Feldberg), Hundertpfund, in der Revisionsverhandlung vor dem ersten Senat des Reichsgerichts in Leipzig bestätigt worden.

Müllheim, 15. Sept. An den Folgen einer Blinddarmentoperation ist der praktische Arzt und frühere Landtagsabgeordnete Dr. Friedrich Wilhelm Bod in Müllheim gestorben. Dr. Bod war im Jahre 1872 in Schweinfurt geboren, hatte in Erlangen und Freiburg Medizin studiert und sich im Jahre 1896 als Arzt in Müllheim niedergelassen. Am 10. Dezember 1914 wurde er für den Amtsbezirk Müllheim in den badischen Landtag gewählt, dem er als nationalliberaler Abgeordneter bis zum Jahre 1918 angehörte. Er machte die Fusion der damaligen nationalliberalen Partei mit der fortschrittlichen Volkspartei zur deutschen demokratischen Partei mit und betätigte sich als Vorstandsmitglied des Ortsvereins Müllheim der neuen Partei, zuletzt als Vorsitzender dieses Vereins. Er gehörte außerdem dem Gemeinderat der Stadt Müllheim an. Bei der Wahl zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung kandidierte er auf der Liste der deutschen demokratischen Partei und wurde nach der Mandatsüberlegung der Abgeordneten Frau Platenius (Freiburg) am 20. Oktober 1920 bis zum Jahre 1921 wiederum Mitglied des Landtages. Dr. Bod trat im Plenum des Parlamentes wenig hervor, er beteiligte sich aber eifrig an den Arbeiten der Fraktion und einzelner Ausschüsse.

DZ. St. Trutpert, 12. Sept. Der frühere Reichskanzler Dr. Bismarck hat am vergangenen Mittwoch dem Kloster St. Trutpert und dem dort weilenden Reichstagsabgeordneten Joss einen Besuch ab. Dr. Bismarck besichtigte mit seiner Begleitung das Kloster und fuhr nach freundlicher Bewirtung von St. Trutpert über die Höhen des Schwarzwaldes zurück nach Todtnau und von dort nach Freiburg.

DZ. Zell-Weierbach, 12. Sept. Eine Gesellschaft beabsichtigt im oberen Niede nach Schwespat zu graben und die alten Erzgänge, die bis etwa 1800 im Betriebe waren, wieder aufzufahren. Es gibt dort rhombische bis prismatische Kristalle, oft sehr flächenreich und prächtig ausgebildet.

DZ. Sölsingen (Amt Engen), 12. Sept. Bei einer Verpachtung von Grundstücken aus Privatband wurden sehr hohe Pachtpreise erzielt. So wurden beispielsweise für den Morgen gutes Ackerfeld und Wieseland durchschnittlich 70—100 Mark geboten, im Vergleich zur Vorkriegszeit eine Steigerung von rund 100 Prozent der damals üblichen Pachtpreise.

DZ. Hüschenschwand, 16. Sept. Gestern abend 9 Uhr sind die Oekonomie- und Wirtschaftsgebäude sowie sämtliche Nebengebäude des bekannten Gasthauses „Zur Krone“ in Hüschenschwand niedergebrannt. Die Ernte ist vollständig verloren; nur wenige Fahrenisse konnten gerettet werden. Dagegen gelang es, das Vieh rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Sept.		15. Sept.	
	Gold	Mark	Gold	Mark
Amsterdam 100 G.	160.80	161.40	160.80	161.40
Kopenhagen 100 Kr.	71.22	71.58	71.02	71.38
Italien . . . 100 L.	18.35	18.45	18.35	18.45
London . . . 1 Pf.	18.685	18.775	18.71	18.77
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.25	22.37	22.53	22.65
Schweiz . . . 100 Fr.	78.95	79.37	78.99	79.39
Wien . . . 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag . . . 100 Kr.	12.57	12.63	12.57	12.63

Notierung über 100 Prozent

Dem Kohlenlieferungsvertrag sind, wie aus Essen gemeldet wird, insgesamt Bechen mit rund 90 Prozent der Befestigung beigetreten. Die Vertragschließenden haben zur Befestigung gemacht, daß die dem Vertrage noch nicht beigetretenen Bechen sich bis zum Abend des 16. September zu entscheiden haben.

Die Zollfreiheit elsaß-lothringischer Produkte. Eine Berliner Zeitung hat angeblich von ganz besonderer Seite erfahren, daß die Reichsregierung entgegen den amtlichen Mitteilungen Frankreich gegenüber Bindungen in bezug auf die Weitergewährung der Zollfreiheit für elsaß-lothringische Fabrikate eingegangen sei. Wie dem W.B.W. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entbehrt diese Behauptung jeder Grundlage.

Die Kölner Herbstmesse ist am Sonntag ohne besondere Feierlichkeit eröffnet worden. Die Besichtigung ist in allen Gruppen vorzüglich. Die zum ersten Mal auf der Kölner Messe vertretene Ausstellung der Sowjetrepublik findet reges Interesse. Das äußere Kennzeichen der Herbstmesse ist ihre streng kommerzielle Charakter. Die zur Fernhaltung des schaulustigen Publikums getroffenen Maßnahmen bewirken, daß die Messe nur von Interessenten besucht ist.

Von der Schwarzwalder Uhrenindustrie. Auch die Schwarzwalder Uhrenindustrie hatte, wie fast die meisten deutschen Industrien, in den Sommermonaten einen schlechten Eingang an Bestellungen aufzuweisen, der jedoch dadurch, wenigstens soweit Maschinenfabrikate in Betracht kommen, wieder ausgeglichen wurde, daß noch große Stückstände vorhanden waren. Fabriken, die Stapelartikel verfertigen, mußten allerdings seit einigen Monaten an ein bis zwei Wochentagen die Arbeit einschränken. Unter den mancherlei Ursachen dieser wirtschaftlichen Krise, die jetzt zu beobachten ist, ist nicht zuletzt die Verschlechterung des ostasiatischen Marktes anzuführen. In den ersten Monaten dieses Jahres war beispielsweise Japan infolge der Zerstörung der japanischen Uhrenfabriken durch das jurchische Erbfeind im September des vergangenen Jahres ein vorzügliches Absatzgebiet geworden, das jedoch in der letzten Zeit infolge starker Inflationsbewegung und raschen Wiederaufbaus der japanischen Uhrenindustrie bedeutend an Aufnahmefähigkeit eingebüßt hat. Überdies hat die japanische Regierung den Uhren-Einfuhrzoll erheblich heraufgesetzt. Im Inlandgeschäft herrscht Stille, die erst in der allerletzten Zeit einer leichten Belebung Platz zu machen scheint. Vom Messegeschäft in Leipzig werden keine großen Aufträge erwartet, wie das Messegeschäft überhaupt für die Uhrenindustrie nicht mehr so bedeutsam ist, da die Exporteure und die Ausländer sich daran gewöhnt haben, direkt in den Fabriken laufend ihren Bedarf zu decken und da einige Uhrenfabriken gut ausgebaute Verkaufszentralen besitzen. Mangelsverkäufe verschiedener Fabriken zur Behebung des Geldmangels haben die Preise gedrückt.

Holzverfeinerung. Bei einer am Mittwoch von Seiten des Forstamts Kirchgarten abgehaltenen Holzverfeinerung wurden 3000 Fehmeter Stammholz angeboten. Es erfolgte jedoch für das gesamte Quantum von einer Firma nur ein Angebot von 84 Prozent der Landesgrundpreise, während Firmen nur auf 3 Lofe 84 bis 94 Prozent anboten.

Letzte Nachrichten

Ausführungen betrunkenen Franzosen in Oberhausen. W.B. Oberhausen, 16. Sept. Gestern abend gegen 10 Uhr richteten 8 bis 10 betrunkene französische Soldaten in den Straßen von Oberhausen verschiedene Zerstörungen an, schlugen Schaufenster ein und mißhandelten einen von einem Krankenbesuch kommenden Sanitätsrat schwer. Als die empörte Bevölkerung gegen die Unruhestifter drohende Haltung einnahm, sah sich die Polizei gezwungen, zwei Soldaten in Schutzhaft zu nehmen, während die übrigen flüchten konnten. Die alarmierte französische Gendarmerie nahm die beiden Festgenommenen in weiteren Gewahrsam und ist mit der Ermittlung der Beflüchteten beschäftigt.

Verschiedenes

Sommer-Fliegler

Die infolge der neuerlichen Verschlechterung der Wetterlage notwendig gewordene Abänderung der Kurbelwelle auf der Propellerseite der Motore nahm — Blättermeldungen aus Friedrichshafen zufolge — die Leitung der Zeppelinwerke davon Abstand, noch diese Woche die große Fahrt nach Norddeutschland und Skandinavien anzutreten. Es sei neuerdings geplant, für die große Probefahrt die Route durch ganz Deutschland mit Einschluß des bayerischen Gebietes zu nehmen. Die Fahrt soll den Rhein hinauf, vom Rheintal nach Westfalen, Hamburg und Schleswig-Holstein gehen, von wo aus die Ostsee mit Kurs auf Königsberg überflogen werden soll. Nach einem Rundflug über Ostpreußen soll das Luftschiff dann südbahns Richtung auf Oberschlesien zu nehmen und von dort über Breslau und Mitteldeutschland, wobei auch Berlin berührt werden soll, nach Friedrichshafen zurückkehren. In dieser Woche finden nur einige kleinere Probefahrten statt.

Petroleumfunde in Frankreich

W.B. Paris, 16. Sept. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, wurden im Departement Vézout auf Veranlassung des Handelsministers Bohrungen vorgenommen, in deren Verlauf man Petroleumquellen entdeckt haben soll, die angeblich ein Stundenergebnis von 25 hl haben sollen.

Das blaue Band

W.B. London, 15. Sept. Der Cunard-Dampfer „Mauretania“, der gestern in Plymouth eintraf, hat die Strecke New York—Plymouth in vier Tagen 21 Stunden und 57 Minuten zurückgelegt und damit einen neuen transatlantischen Rekord aufgestellt.

Die amerikanischen Weltflieger

W.B. New York, 16. Sept. Die amerikanischen Weltflieger sind gestern von Dayton (Ohio) nach Chicago geflogen.

Blitzschlag in einem Obsthäuser

W.B. Monterey (Kalifornien), 16. Sept. Der Blitz zerstörte einen Behälter mit 55 000 Barrels Öl. Der hierdurch verursachte Brand hatte den Tod von vier Soldaten zur Folge, die mit Löschern beschäftigt waren. Der Gesamtschaden wird auf drei Millionen Dollar geschätzt. Der alte Stadt Monterey, dem Sitz der ersten Regierung Kaliforniens, droht durch den Brand die Zerstörung.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Konularische Vertretung der Republik Uruguay.

Anstelle des von seinem Posten abberufenen Generalkonsuls Dr. Mario S. Gil ist Konful Dr. Jimbo Baigal us Suduella in Hamburg einzuweisen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalkonsuls der Republik Uruguay beauftragt worden. Er wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden hiermit zugelassen.

Karlsruhe, den 11. September 1924.
Badisches Staatsministerium
Richter.

Karlsruher Herbststrennen

Sonntag, den 21. Sept., nachm. 2 1/2 Uhr, auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr
Haltestelle der Albtalbahn

Öffentlicher Totalisator

Eintrittspreise Mk. 2.— und 5.— einschließlich Steuer
Vorverkauf: E. Mozer, Kaiserstraße 140

Badisches Landestheater.

Dienstag, 16. September. 7 1/2—10 Uhr. Sp. I 7.00.
Abonn. C 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700.

Hänsel und Gretel.

Hierauf: Der geprellte Pantalone.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 17. Sept. 7 1/2 b. n. 10 Uhr. Sp. I 7.—
Abonn. F 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3701—4000.

Tiefeland.

Memminger-pfälzisch-fränk. Sonntag.

Warnung!

Die Firma Bergner-Konzern, Bessingstraße 29, Telefon 1994 und 4493, ersucht durch Zeitungsinserate die Bürger der Stadt, die Häuser an den Festzugsstraßen besitzen, ihr Balkone und Fenster behufs Vermietung an Fremde und Einheimische zur Verfügung zu stellen. Wir halten diese gewerbsmäßige Ausnutzung unserer Veranstaltung für äußerst unangebracht und bitten die Einwohner dringend, dem Ersuchen der Firma nicht zu entsprechen, vielmehr über ihre Balkone und Fenster, soweit sie sie nicht selbst benötigen, zu Gunsten von Bekannten und Freunden von auswärtig oder hier selbständig zu verfügen, damit vor allen Dingen der Fremde nicht ausbeutet wird.

Karlsruhe, den 13. September 1924.

Verkehrsverein Karlsruhe G. V.
Der geschäftsführende Vorstand.

Der Landwirt

Kalender auf das Jahr 1925

47. Jahrgang. Herausgegeben im Auftrage des Bad. Landw. Vereins von Oekonomierat Württemberg, Schloss Eberlein.

Mit vielen Abbildungen. — Preis 50 Pf.

Inhaltsübersicht: Kalenderium. — Übersichten. — Anbau der wichtigsten Gemüsepflanzen. — Wärschafts-Leitung. — Mittel gegen Schädlinge und Unkräuter. — Der Badische Landwirtschaftliche Verein. — Badische Landwirtschaftskammer. — Umschau und Einkehr. — D. Bäst Luis. — Zehn Jahre älter. — Bruder, gib mir deine Hand (Gebicht). — Der ergebene Freund. — Der Neue. — Drei Seelen. — Das Mädchen vom Unzufriedenen. — Du bist ein Mann. — Der Leiermann. — Mar werd doch noch was redde böse? (Gebicht). — Mit'm allergrößten Vergnügen. — Mitteilungen und Ratichläge: Wetterzeichen und ihre Erklärung. — Das Siegener Pfannenblechbad. — Versuchsringe. — Stumpfs Schweine-Emulsion. — Wie bereitet man Butter im landwirtschaftlichen Betrieb. — Grinland. — Vorlicht beim Fischweil als Schweinefutter. — Fadenlose Stangenbohnen. — Futterfall. — Die Tomate (Liebesapfel). — Reizige aller Art. — Verzeichnis der Messen und Märkte in Baden.

Demnächst erscheint:

Bad. Landwirtschaftl. Taschenkalender für 1925.

37. Jahrgang. Bearbeitet von Geschäftsführer Frh. Wirthum beim Bad. Landw. Verein.

Verlag G. Braun G. m. b. H.
in Karlsruhe, Karlriedrichstr. 14.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Stretliche Gerichtsbarkeit.

2.588. Karlsruhe. Geschäftsaufsichtsverfahren Gustav Sieber gem. § 68 Abs. 3 Ziffer 2 und 3 G.M.B.D. rechtskräftig beendet.
Amtsgericht Karlsruhe A 5.

2.589. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Sally Rosenthal, Engroshaus, Kurz- und Galanteriewaren in Karlsruhe, Kronenstr. 4, wird mangels einer der Kosten des Verfahrens bedenkenden Masse eingestellt.
Karlsruhe, 29. Aug. 1924.
Bad. Amtsgericht A 4
Karlsruhe.

2.590. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Freihand, Süddeutsche Handelsgesellschaft m. b. H. in Offenburg ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf:
Dienstag, den 7. Okt. 1924, vormittags 9 Uhr.
Offenburg, 5. Sept. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts I.

Verf. Bekanntmachungen

Nadellangholzverkauf

Das Bad. Forstamt Bonndorf (im Schwarzwald) verkauft freihändig etwa 2500 Fehmeter Nadellangholz und Wärschnitte (F. L. A. No.), meist Startholz, in 6 Losen aus Winter- und Frühjahrsfällung 1924. 2.586

Schriftliche, auf ganze Lose lautende, in Prozenten der Goldmarkgrundpreise vom Dezember 1923 ausgedruckte Gebote werden bis Mittwoch, 24. September 1924, morgens 9 1/2 Uhr, angenommen. Losverzeichnis durch das Forstamt erhältlich.

Ruhholzverkauf.

Das Staatliche Forstamt Sölsingen (Baden) verkauft freihändig: 1350 Fm. Nadellangholz aller Klassen, 113 Stier entriebenes Papierholz, Ficht. 1. bis 3. Klasse, 51 Stier 3570 Fm. Grubenholz, Forst. 1. und 2. Klasse.

Angebote in Prozenten der bad. Goldmarkgrundpreise vom Dezember 1923 für Rang- und Papierholz und in Goldmark je Stier Grubenholz wollen bis längstens Dienstag den 23. September 1924, abends 6 Uhr, beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnis kostenlos durchs Forstamt. 2.587

Papierholzverkauf

Das Bad. Forstamt Sölsingen verkauft freihändig aus Staatswaldforst. Nadellangholz (meist Fichte). Vorzeiger Forstwart Dufner in Unter-Sölsingenwald, sowie 40 Stier (F. L. A. No.) aus Distr. Wiggert; Vorzeiger: Domänenwaldhüter Stör in Nach. Angebote in Prozent der Goldmarkgrundpreise vom Dezember 1923 bis Montag, den 22. September schriftlich erbeten. Losverzeichnis kostenlos. Die Versteigerung findet am 23. September an ihr Gebot gebunden. 2.576